

Rolle rückwärts

Deutschland droht ein sicherheitspolitischer Ansehens- und Vertrauensverlust

Jana Puglierin | **Ist der 2014 verkündete Aufbruch zu einem Mehr auch an militärischer Verantwortung schon wieder vorbei? Bleibt die Anpassung an die realpolitischen Gegebenheiten aus? Der Verlauf der deutschen Debatte in jüngster Zeit legt dies nahe. Weiterhin gibt es keine Verständigung darüber, was Deutschland bereit ist, militärisch zu leisten. Ein Weckruf.**

„Plus ça change, plus c'est la même chose“ lautet ein französisches Sprichwort: Je mehr sich etwas verändert, desto mehr ist es das Gleiche. Betrachtet man die aktuelle Debatte zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, so kommt man zu einem ähnlichen Schluss. Auch wenn sich das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands in den vergangenen Jahren fundamental gewandelt hat, gilt dies nicht für wesentliche Grundzüge der deutschen Sicherheitspolitik. Bei entscheidenden Fragen dreht sich die deutsche Debatte im Kreis.

Diese Diagnose mag auf den ersten Blick irritieren. Schließlich hatte das jahrelange Drängen von Deutschlands Partnern, sich stärker sicherheitspolitisch zu engagieren, Anfang 2014 endlich Früchte getragen. Von der Münchner Sicherheitskonferenz sendete die damals gerade ins Amt gekommene Große Koalition samt Bundespräsident das Signal, Deutschland müsse sich heute „früher, entschiedener und substanzieller“ einbringen, um die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu formen. „Mehr internationale Verantwortung übernehmen“: Das sollte auch eine handlungsfähigere und wirksamere deutsche Verteidigungspolitik bedeuten.

Und tatsächlich beschränkte sich das Versprechen der Neuausrichtung nicht auf warme Worte: Als Reaktion auf Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und den hybriden Krieg, den der Kreml im Osten der Ukraine führte, zeigte Deutschland in den darauffolgenden Monaten und Jahren großes Engagement. Im Zuge der russischen Aggression übernahm die Bundesrepublik erstmalig in einer sicherheitspolitischen Krise nach 1945 die diplomatische Führung des Westens und engagierte sich gleichzeitig massiv im Rahmen der NATO. Auch das Erstarken des islamistischen Terrors im Nahen Osten und in Afrika sorgte für resoluteres Handeln. Die Bundesregierung war 2014 ohne größere Debatte bereit, die kurdischen Peschmerga im Kampf gegen den so genannten Islamischen Staat mit Waffen und Munition zu unterstützen.

Sie verabschiedete sich damit vom jahrzehntealten Grundsatz, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern.

Nach den Terroranschlägen von Paris im November 2015 und der Aktivierung des europäischen Bündnisfalls durch Frankreich entschied sie binnen einer Woche mit Zustimmung des Bundestags, bis zu 1200 Soldaten, sechs Tornados zu Aufklärungszwecken und eine deutsche Fregatte zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der MINUSMA-Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen weitete Berlin Anfang 2016 das bisherige deutsche Engagement in Mali auf den Norden des Landes aus und ging damit ein größeres sicherheitspolitisches Risiko ein als bei den bisherigen Ausbildungs- und Beobachtungsmissionen der Bundeswehr in Afrika.

Dieses schrittweise Mehr-Engagement katapultierte die Bundesrepublik allerdings nicht über Nacht in eine Liga mit Europas großen Militärmächten Frankreich und Großbritannien. Denn es wurde unmittelbar deutlich, wie schnell die Bundeswehr aufgrund gravierender Ausstattungsmängel an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft gelangte. Die Entsendung von Aufklärungs-Tornados nach Syrien zeigte, dass sich die Bundesregierung auch weiterhin wohler dabei fühlte, feindliche Stellungen zu fotografieren und die Luftschläge dann den Freunden und Partnern zu überlassen. Auch war die neue deutsche Verteidigungspolitik in erster Linie reaktiv und oft das Ergebnis externer Notwendigkeitslogik. Wie ehemals wurde die Bundesregierung bei jeder neuen Krise nicht müde zu betonen, es gebe „keine militärische Lösung“ für die Beilegung derselben.

Die Trendwende 2016 war nach einem Jahr schon wieder vorbei

Nie wieder „Trittbrettfahrer“?

Dennoch wurde Deutschlands stärkeres Engagement vor allem im Ausland sehr begrüßt und als Zeichen eines gesteigerten politischen Willens gedeutet, auch militärisch das Maß an Verantwortung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu tragen, das Deutschland als größtem und mächtigstem Land in Europa entspricht – und das im Einklang steht mit dem (nicht zuletzt wirtschaftlichen) Nutzen, den die Bundesrepublik aus dem militärischen Einsatz anderer Staaten in der Vergangenheit gezogen hat und auch weiterhin zieht.

Es schien, als habe sich Deutschland – wenn auch zögerlich und weit unter seinen verteidigungspolitischen Möglichkeiten – aufgemacht, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln. Von der Rolle als „Trittbrettfahrer“ und „Nettoimporteur“ von Sicherheit schien es sich langsam, aber doch endgültig zu verabschieden. Sogar die unliebsame Erkenntnis, dass die Ausstattungsmängel der Bundeswehr nicht allein durch „Pooling and Sharing“ zu beheben sind, setzte sich durch: Nach Jahren der Kürzung oder Stagnation läutete die Große Koalition 2016 eine Trendwende bei den Verteidigungsausgaben ein.

Spätestens mit dem Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 zeigte sich allerdings, dass der gerade erst begonnene sicherheitspolitische Anpassungsprozess an realpolitische Gegebenheiten womöglich schon wieder zu Ende ist. Zumindest legen die aktuellen Entwicklungen dies nahe.

**Plakate wie „Kitas
statt Panzer“ kleben
auch in Krisenzeiten**

Obwohl die zahlreichen Krisen in der Nachbarschaft die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik jahrelang vor sich hergetrieben hatten und mit der Flüchtlingskrise ab 2015 in deutsche Turnhallen eingezogen waren, spielten die Selbstvergewisserung oder gar Neudefinition des sicherheitspolitischen Anspruchs der Bundesrepublik im Bundestagswahlkampf 2017 so gut wie keine Rolle. Stattdessen beschränkte sich die Debatte auf einen Wettbewerb darüber, welche der deutschen Parteien entschiedener als andere für den Frieden und damit „gegen Aufrüstung“ eintritt. Ansonsten blickte das Land nach innen. Mochte der amerikanische Präsident das transatlantische Bündnis und damit das Rückgrat deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit jedem Tweet mehr infrage stellen; mochte Wladimir Putin noch so sehr bemüht sein, die Spielregeln des 19. Jahrhunderts wieder allgemeingültig zu machen; und mochte die liberale internationale Ordnung, von der Deutschlands Wohl so existenziell abhängt, so stark wanken wie nie zuvor: In der Bundesrepublik wurden Wahlplakate mit der Aufschrift „Kitas statt Panzer“ geklebt.

Anstatt darüber zu diskutieren, wie und zu welchem Preis die Europäer ihre eigene Sicherheit zukünftig auch dann gewährleisten können, wenn die USA als letzter Garant nicht mehr (oder zumindest nicht mehr im gewohnten Maße) zur Verfügung stehen, drehte sich die Diskussion in Deutschland ausschließlich um das angebliche „Diktat“ Donald Trumps, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Eine objektive Analyse der neuen Bedrohungslage und daraus resultierender Aufgaben für die Bundeswehr war nicht gefragt. Auch die miserable Ausstattung und katastrophale Mangelverwaltung der deutschen Streitkräfte spielten so gut wie keine Rolle. Auch nicht die Verpflichtungen, die die Große Koalition auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 gegenüber den Verbündeten eingegangen war.

Pazifismus als Wahlkampfstrategie

Getrieben von stetig sinkenden Umfragewerten entdeckte insbesondere die deutsche Sozialdemokratie den Pazifismus als Wahlkampfthema, mit dem sie sich von der Union deutlich absetzen konnte. In diesem Sinne verweigerte sich der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, „einer von den USA verlangten Aufrüstungslogik“. Und Sigmar Gabriel, damals immerhin Bundesaußenminister, schrieb im August 2017 in einem Gastbeitrag mit dem Titel „Waffen schaffen keine Sicherheit“ in der *Rheinischen Post*, Deutschland müsse „Friedensmacht bleiben und nicht zur Rüstungsmaschine werden“. Es gehe darum, sich der „Unterwerfung unter die Militarisierung der Außenpolitik durch Donald Trump entgegenzustellen“. Auch die Grünen und die Linke lehnten in ihren Wahlprogrammen das 2-Prozent-Ziel der NATO sowie Mehrausgaben für die Bundeswehr grundsätzlich ab.

Diese Kontroverse über das Verteidigungsbudget war keine wahlkampf-taktische Eintagsfliege, sondern hielt Einzug in die dritte Auflage der Großen Koalition und die Haushaltsverhandlungen. Aber anstatt die Gelegenheit zu nutzen, eine wirklich sinnvolle und begrüßenswerte breite Auseinandersetzung darüber zu führen, welche sicherheitspolitischen Ziele Deutschland an-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

gesichts der neuen Bedrohungen verfolgt, welche Verpflichtungen es bereits eingegangen ist und welche Mittel es daher bereitstellen muss, kämpfen deutsche Politikerinnen und Politiker dieser Tage lieber gegen die „Aufrüstungsspirale beim Wehretat“ (Andrea Nahles) und werfen den deutschen Diskurs um gefühlte 20 Jahre zurück.

Dabei wäre spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, der deutschen Öffentlichkeit darzulegen, was es denn sicherheits- und verteidigungspolitisch tatsächlich bedeutet, wenn, wie die Kanzlerin sagt, „die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten“, ein „Stück weit“ vorbei sind und „wir Europäer unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen“ müssen – die Bundeswehr aber schon jetzt die an sie gestellten Ansprüche nicht erfüllen kann. Auch aus dem Kanzleramt ist seit der „Bierzeltrede“ von Trudering dazu außer einem Verweis auf die Fortschritte im Bereich Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wenig Konkretes zu hören.

Aber nicht nur die Debatte ums leidige Geld zeigt, dass die neue deutsche Verantwortungssicherheitspolitik schon wieder – oder eher immer noch – von alten Reflexen dominiert wird. Gerade im Bereich GSVP hat die Bundesregierung jüngst tatsächlich viele Initiativen angestoßen. Gleichzeitig zeigen diese aber, dass Deutschland weniger den Aspekt „Verteidigung“ als vielmehr den Unions- und Integrationsgedanken in den Mittelpunkt stellt. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) ist dafür ein gutes Beispiel: Frankreich wollte die militärische Schlagkraft der Europäer erhöhen, mit dem Ziel größerer strategischer Autonomie. Deutschland wollte möglichst viele europäische Staaten an Bord holen und verbindende Strukturen und Prozesse schaffen. Operative Ambitionen waren für Deutschland zur Frustration Frankreichs dabei sekundär. Erst nach großem Zögern entschloss sich die Bundes-

republik in der Folge, der von Frankreich initiierten Europäischen Interventionsinitiative beizutreten.

**Die Bundesrepublik
findet sich nur
schlecht zurecht**

Das nach wie vor inkonsistente Verhältnis der Deutschen zum Militär als Mittel der Politik zeigte sich auch jüngst wieder, als die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich mit Luftschlägen reagierten, nachdem das Assad-Regime einmal mehr Giftgas eingesetzt hatte. Ohne überhaupt gefragt worden zu sein, lehnte die Bundesregierung jedwede deutsche Beteiligung an militärischen Strafaktionen ab. Gleichzeitig erklärte die Kanzlerin aber, „dass alles getan wird, um Zeichen zu setzen, damit dieser Einsatz von Chemiewaffen nicht akzeptabel ist“ und versicherte den Partnern die volle Solidarität der Bundesregierung.

All dies verdeutlicht, dass sich die Bundesrepublik in einer Welt, die nicht mehr nach den Spielregeln der 1990er Jahre funktioniert, in der Macht das Recht ersetzt und in der Konflikte wieder stärker gewaltsam ausgetragen werden, nach wie vor nur schlecht zurechtfindet. Den deutschen Beitrag zur internationalen Politik auf „Diplomatie, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit“ beschränken zu wollen (so Martin Schulz' Vorschlag am 13. Juli via Twitter), ist angesichts der Weltlage aber keine überzeugende Strategie.

Sollte sich der Eindruck verfestigen, dass Deutschland sicherheitspolitisch statt des nächsten Schrittes nach vorn nun lieber wieder mehrere zurück macht, zum Beispiel indem bereits fest zugesagte gemeinsame Rüstungsprojekte mit Partnern wie Frankreich und Norwegen oder eingegangene Selbstverpflichtungen im EU- und NATO-Rahmen mangels Finanzierung nicht umgesetzt werden können, droht Deutschland ein immenser internationaler Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust.

Denn in Sachen deutsche Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind die Alliierten und Partner bereits gebrannte Kinder. Die mit dem „Münchener Konsens“ 2014 begonnene Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik war nicht der erste Versuch einer Bundesregierung, das deutsche Selbst- und Rollenverständnis an veränderte realpolitische Bedingungen anzupassen. Mit der Beteiligung an den NATO-Einsätzen im Kosovo-Krieg und nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in Afghanistan durchlief die Bundesrepublik sicherheitspolitisch schon einmal eine tiefe Zäsur. Bereits damals beschwor die Bundesregierung die eigene Pflicht zur größeren Verantwortungsübernahme. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte 2001 im Bundestag: „Die Bereitschaft, auch militärisch für Sicherheit zu sorgen, ist ein wichtiges Bekenntnis zu Deutschlands Allianzen und Partnerschaften. Aber nicht nur das: Die Bereitschaft, unserer größer gewordenen Verantwortung für die internationale Sicherheit gerecht zu werden, bedeutet auch ein weiter entwickeltes Selbstverständnis deutscher Außenpolitik.“

Was folgte, waren das unilaterale deutsche Nein zum Irak-Krieg auf dem Marktplatz von Goslar, die Renaissance einer „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ (Guido Westerwelle) und die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über die Errichtung einer Flugverbotszone in Libyen im Rahmen der „Schutzverantwortung“ bei gleichzeitiger Ablehnung jedweder deutschen Beteiligung an der anschließenden NATO-Militärintervention. So

gerechtfertigt einzelne Entscheidungen in der Sache auch gewesen sein mögen, drängte sich damals bei den Alliierten der Eindruck auf, dass die dahinterstehende Motivation in erster Linie in der Absicht bestand, Wahlen zu gewinnen beziehungsweise die deutsche Öffentlichkeit nicht zu verprellen.

Wo bleibt die strategische Debatte?

Eine nachhaltige Anpassung der deutschen strategischen Kultur an realpolitische Gegebenheiten kann erst dann stattfinden, wenn entscheidende Fragen auch offen diskutiert und von der Politik ehrlich beantwortet werden. Eine solche strategische Debatte, die auch Fragen nicht vermeidet, die den Deutschen wehtun, findet bislang aber nicht statt, jedenfalls nicht jenseits einiger Expertenzirkel. Bis heute herrscht kein auch nur annähernd gemeinsames Verständnis darüber, was „neue Verantwortung“ konkret für die deutschen sicherheitspolitischen Ambitionen bedeuten soll. Und zwar weder unter den Politikern und ihren Parteien noch zwischen den Ministerien, und schon gar nicht in der breiteren Öffentlichkeit.

Deshalb bleiben Selbstbeschreibungen wie „Anlehnungsmacht“, „Gestaltungsmacht“ oder „nachdenkliche Macht“ Wohlfühlbegriffe ohne Aussagekraft, solange die Frage ungeklärt ist, wozu Deutschland seine militärischen Fähigkeiten einsetzen möchte. Wer argumentiert, mit dem Weißbuch 2016 und der im Sommerloch veröffentlichten „Konzeption der Bundeswehr“ sei dies abschließend erfolgt, hat offensichtlich versäumt, die handelnden Politiker und die Öffentlichkeit zu informieren. Noch immer klafft eine Lücke zwischen dem, was Deutschland sicherheitspolitisch für notwendig hält und unterstützt (nicht selten das militärische Engagement der Freunde und Partner), und dem, was wir selbst bereit sind zu tun. Darüber müsste man reden.

Doch auch in diesem Sommer beschäftigte sich die Republik lieber mit strategischen Scheindebatten über die Rückkehr der Wehrpflicht oder die deutsche Atombombe. Erstere drehte sich vor allem darum, wie schön es wäre, jeder leiste einmal seinen Beitrag für die Gesellschaft. Keine Rolle spielte hingegen, ob die Wehrpflicht heute sicherheitspolitisch notwendig oder auch nur sinnvoll ist. Und so wichtig es ist, über eine deutsche Nuklearstrategie zu sprechen: Statt über die Schimäre einer deutschen Atombombe zu diskutieren, sollte man lieber über das reden, was in dieser Legislaturperiode wirklich zur Debatte steht: die nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO. Schließlich werden die überalterten deutschen Tornados, die Berlin zum Transport der amerikanischen Nuklearwaffen bereithält, 2025 ausgemustert. Der zur Nachfolge favorisierte Eurofighter ist jedoch bislang nicht nuklearfähig und das mit den Franzosen geplante Kampfflugzeug dürfte frühestens 2040 abheben. Stoff genug für eine ehrliche Diskussion über die deutsche Position zu Nuklearwaffen – wenn man denn wollte.

Scheindebatten über Wehrpflicht und deutsche Atombombe



Dr. Jana Puglierin leitet das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen im Forschungsinstitut der DGAP.